



# Familienpolitische Informationen

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V.

## Kindergelderhöhung: 10 Euro sind nicht ausreichend

Die seit längerem erwartete Kindergelderhöhung ist nun mit dem Familienleistungsgesetz vom Bundeskabinett am 15. Oktober 2008 beschlossen worden. Bundestag und Bundesrat müssen noch zustimmen. Damit ist ein gestaffeltes Kindergeld bereits ab dem dritten Kind vorgesehen. Ab 1. Januar 2009 erhöht sich damit das Kindergeld jeweils für erste und zweite Kinder um 10 Euro auf 164 Euro, für dritte Kinder um 16 Euro auf 170 Euro und für vierte und weitere Kinder ebenfalls um 16 Euro auf 195 Euro.

### Kindergelderhöhung gleicht Kaufkraftverlust nicht aus

Seit Januar 2002 ist das Kindergeld in seiner Höhe nicht mehr verändert worden. Aufgrund der Preisentwicklung hat es seitdem ca. 12 Prozent an Kaufkraft verloren. Damit sind 10 Euro entschieden zu wenig und machen kaum mehr als die Hälfte des notwendigen Inflationsausgleichs aus. Lebensmittelpreise und Energiekosten, die Familien besonders treffen, sind, wie wir alle wissen, im letzten Jahr besonders stark angestiegen. Darüber hinaus war die größte Steuererhöhung der letzten Jahre zu verkraften, der Anstieg der Mehrwertsteuer, der die notwendig stark konsumorientierten Familien besonders trifft. Vor diesem Hintergrund empfinden viele Familien eine Erhöhung um 10 Euro nicht viel mehr als ein Trostpflaster. Die Politik leidet hier an Glaubwürdigkeit, wenn sie andererseits betont Familien und Kinder als prominente Leistungsträger der Gesellschaft wertschätzen und fördern zu wollen.

Im Hinblick auf den Zeitpunkt des Beschlusses weist die eaf (Bund) in ihrer Pressemitteilung vom 6. Oktober auf

eine weitere Unstimmigkeit hin: Es „ist sehr erstaunlich, wird doch seit fast zwei Jahren regierungsseitig argumentiert, man müsse erst den Existenzminimumsbericht abwarten, bevor das Kindergeld erhöht werden könne. Nun geht es anscheinend doch andersherum. Damit entpuppt sich eine längst fällige Erhöhung des Kindergeldes als Hinhaltenakt auf dem Rücken der Familien.

Um Transferleistungen auf dem Niveau ihrer ursprünglichen Intention zu halten, fordert die eaf bayern seit langem in der jeweiligen gesetzlichen Regelung eine Dynamisierung um mindestens den Inflationsausgleich festzuschreiben. Für das Landeserziehungsgeld in Bayern ist dieses Ziel auch noch nicht erreicht, zumindest ist jedoch eine Dynamisierung im Hinblick auf die Einkommensgrenzen eingeführt worden.

### Kindergeld trägt zur wirtschaftlichen Stabilität von Familien wesentlich bei

Der Arbeitsbericht „Zukunft für Familie“ des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (April 2008) geht davon aus, dass mit dem Kindergeld die finanzielle Mehrbelastung durch Kinder etwa zu einem Drittel kompensiert wird. Er unterstreicht den Beitrag des Kindergeldes für die wirtschaftliche Stabilität von Familien (S. 66) und seine armutsreduzierende Wirkung (S. 49). Gleichzeitig empfiehlt er eine Staffelung des Kindergeldes zugunsten von kinderreichen Familien, weil bei steigenden Fixkosten die Möglichkeit beider Elternteile erwerbstätig zu sein sinkt. Dem Vorschlag ist die Bundesregierung nun gefolgt. So sehr der Mehrbedarf kinderreicher Familien besonders im Hinblick auf die Ar-

### Inhalt dieser Ausgabe

Kindergeld-Erhöhung: 10 Euro sind nicht ausreichend...1
Politikberatung für Familien? - Kritische Anmerkungen..2
Umsetzung des Familienbudgets in den AVR Bayern.....3

Mutter klagt gegen Elterngeldgesetz.....4
„Wellcome“ im Mehrgenerationshaus .....4

mutsreduktion anerkannt ist, so kann dies jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei der vorgenommenen Staffelung die weit überwiegende Mehrheit der Kinder das Nachsehen haben. Der Paritätische Wohlfahrtsverband spricht von 90 Prozent der Kinder, das Bundesfamilienministerium von 75 Prozent. Die vorgenommene Erhöhung des Kindergeldes, insbesondere die Staffelung erweist sich in Wirklichkeit als Instrument der Sparpolitik.

Die eaf bayern sieht in der Sicherstellung des soziokulturellen Mindestbedarfs für jedes Kind grundsätzlich keinen Handlungsspielraum nach Haushaltslage, sondern eine staatliche Verpflichtung. Im Blick auf die überfällige Erhöhung des Kindergeldes entspräche dies in einem er-

sten Schritt 200 Euro für jedes Kind.

Dringend erforderlich ist gleichzeitig eine Besserstellung der „Hartz IV - Kinder“. Denn sie profitieren in der Logik der Sozialgesetzgebung keinen Cent von der Kindergelderhöhung. Hier geht es darum, den Bedarf der Kinder angemessen zu berücksichtigen und entsprechend die Regelsätze zu erhöhen. Es bleibt ein vordringlicher Handlungsbedarf, daran ändert auch das Schulbedarfspaket nichts, das im Familienleistungsgesetz 100 Euro pro Schuljahr für jedes „Hartz IV-Kind“ vorsieht.

Helmut Neuberger, Geschäftsführer der eaf bayern  
neuberger@eaf-bayern.de

## Politikberatung für Familien? - Kritische Anmerkungen zum Familienatlas

Familienpolitik ist dankenswerterweise zu einem zentralen Politikfeld geworden - dazu haben die letzten beiden Bundesfamilienministerinnen mit ihrem Engagement und ihrer Öffentlichkeitsarbeit einen wesentlichen Beitrag geleistet. Als vertikale und horizontale Querschnittsaufgabe zielt Familienpolitik auf sehr unterschiedliche Akteur/innen und Interessensgruppen. Familienpolitik mangelt es keineswegs an den richtigen Erkenntnissen, sondern an der Macht zu deren Umsetzung. Um also für die Familien etwas zu erreichen, bedarf es manchmal besonderer Konturen und Aussagen, auch in wissenschaftlichen Studien oder in der Politikberatung, etwa in Form eines benchmarking. Die Aussagen des zweiten Prognos-Familienatlas hat seine Wirkung tatsächlich nicht verfehlt; gerade in den ländlichen Regionen wurden die Ergebnisse, die ja ein Ranking vorsahen, begierig aufgesogen und in den Wettbewerb zwischen Kommunen und/oder Gebietskörperschaften aufgenommen.

### Methodische Verzerrungen

Das Herstellen von Vergleichbarkeiten und das moderne „Ranken“ führt zuweilen jedoch zu grotesken Verzerrungen und verletzt engagierte Akteur/innen ohne Not. Dies zeigte sich auf einer Veranstaltung im Frühjahr 2008, bei der sich familienpolitisch Verantwortliche aus der Stadt Hof und den Landkreisen Hof, Wunsiedel und Tirschenreuth gemeinsam mit „ihren“ Ergebnissen des 2. Familienatlas auseinandersetzten. Eingeladen hatte das „Netzwerk Gemeinsam für die Region – Evangelische Kirche und Strukturwandel in Nordostbayern“ dazu auch eine der Autorinnen der Prognos-Studie.

Unzufrieden waren die familienpolitisch Engagierten der Region u. a. mit der Zweitverwendung von Daten durch Prognos. Es werden verschiedene öffentlich zur Verfügung stehende Daten genutzt, was zu methodischen Verzerrungen führt, da die Datenquellen nicht den Verwendungsstrukturen entsprechen: die Daten zum Arbeitsmarkt stammen von den Arbeitsagenturen, diese sind aber nicht nach Gebietskörperschaften strukturiert. Daten zur Bildungspolitik spielen eine große Rolle, sind aber durch die Politik der bewerteten Kreise/Städte überhaupt nicht beeinflussbar, da dies eine Landesaufgabe ist.

### „Briefkasten in den Landkreis verlegen“

Außerdem werden Daten fehlerhaft verwendet: die Musikschule eines Landkreises (z.B. Hof) liegt eben sinnvollerweise nicht irgendwo im Landkreis, sondern in jener kreisfreien Stadt (Hof), die verkehrstechnischer Mittelpunkt des Landkreises ist, ihm aber politisch nicht zugehört. Die Musikschulstunden des Landkreises wurden so von Prognos der Stadt Hof zugeschrieben, der Landkreis selbst hat laut Prognos 0 (null) Musikstunden. Der zuständige Amtsleiter des Landkreises bemerkte dazu völlig desillusioniert: „Ich kann also aufgrund Ihrer Studie meinem Landrat zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit nur raten, dass wir einen Briefkasten unserer Musikschule in den Landkreis verlegen, damit wir zukünftig besser abschneiden!“ Schließlich ist zu fragen, ob alle Kriterien sinnvoll sind; nicht sofort erkennbar ist, inwiefern die Quadratmetergröße von Kinoleinwänden pro Gebietskörperschaft ein Ausweis von Familienfreundlichkeit ist; man könnte dann auch gleich die Sitzplatzanzahl von

McDonalds- oder BurgerKingRestaurants als Ausweis von Familienfreundlichkeit heranziehen.

Betrachtet man die Studie aus Sicht der anwesenden evangelischen Akteur/innen, so fallen folgende Ungleichgewichte in der Bewertung durch Prognos besonders auf:

- formelle Angebote werden gegenüber informellen Angeboten bevorzugt,
- standardisierte Angebote werden gegenüber nicht-standardisierter Unterstützung präferiert,
- öffentlich geförderte Angebote haben gegenüber subsidiär organisierten Vorrang und
- hauptamtliche Arbeit wird gegenüber ehrenamtlicher Arbeit ein höherer Stellenwert eingeräumt.

Wenn die Studie z. B. nach den öffentlich hauptamtlich Beschäftigten in der Jugendarbeit fragt, geraten die subsidiären und ehrenamtlichen Strukturen kirchlicher Träger

in ländlichen Räumen völlig aus dem Blick. Das verwundert sehr, sind doch gerade die Förderung von Solidarstrukturen und des bürgerschaftlichen Engagements eigentlich erklärtes Ziel des Familienministeriums.

Problematisch ist sicherlich auch, dass hinter der Studie versteckt ein bestimmtes familienpolitisches Leitbild steht: die „mobile Familie“. Dies zeigt sich u. a. an der Auswahl der Items zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Wie neutral, wie wissenschaftlich, wie Politik beratend kann Prognos auftreten, insbesondere wenn man bedenkt, dass ein Finanzier der Studie, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, ein besonderes Interesse an der Verfolgung dieses Leitbilds formuliert hat?

Martin Becher,  
Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der evang.-luth. Kirche in Bayern (afa)  
becher@kda-bay.de

## Umsetzung des Familienbudgets in den AVR Bayern

Kirche und Diakonie treten klar und deutlich für die Belange von Kindern und deren Familien ein, sowie sie unterstützende und fördernde Rahmenbedingungen für familienorientierte Lebenssituationen fordern. Kirche und Diakonie gehören aber auch zu den größten Arbeitgeberinnen in unserem Land. Wollen sie glaubwürdig sein, müssen sich diese familienpolitischen Forderungen auch im Umgang mit den eigenen Mitarbeitenden niederschlagen.

Mit der Einführung eines neuen Tarifrechtes im Öffentlichen Dienst ist eine einschneidende Umsteuerung in der Behandlung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit Familie erfolgt. Mit der Begründung, dass „Familie“ kein Einstellungshindernis mehr darstellen soll, sind die Familienzuschläge abgeschafft worden. Dies verlässt – aus Sicht eines Familienverbandes – den Grundgedanken der Solidarität und würdigt das Schutzgebot der Familien nach Artikel 6 des Grundgesetzes nicht ausreichend.

### Familienbudget als Ausgleich

Die bayerische Diakonie, die sich bisher eng mit ihrem eigenen Arbeitsrecht an das Tarifrecht des Öffentlichen Dienstes gehalten hat, geht in diesem Punkt mit den neuen Arbeitsvertragsrichtlinien des Diakonischen Werkes Bayern einen anderen Weg. Zwar werden auch hier keine Familienzuschläge mehr ausgezahlt, aber im Gegenzug wird ein „Familienbudget“ eingeführt, das für familien-

unterstützende Angebote und Maßnahmen verwendet werden soll.

### Erweiterter Familienbegriff

Neu dabei ist ein Familienbegriff, der auch die Herkunftsfamilie der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit einbezieht. Die eaf bayern begrüßt ausdrücklich diese Weiterung des Familienbegriffes.

Denn einerseits kommen damit mehr Familien in den Genuss von Leistungen und andererseits wird auch auf einen Bedarf von Familien reagiert, bei dem diese dringend Unterstützung benötigen.

Die eaf bayern hat in der Broschüre „Die eaf bayern empfiehlt: Umsetzung des Familienbudgets in den AVR Bayern“ Empfehlungen zum Umgang mit dem Familienbudget zusammengestellt. Sie richtet sich insbesondere an die diakonischen Dienstgebenden und Mitarbeitendenvertretungen mit Blick auf die abzuschließenden Dienstvereinbarungen. Darüber hinaus sind die Empfehlungen auch als Impuls für eine familienfreundliche Arbeitskultur über die Diakonie hinaus zu verstehen. (Aus dem Vorwort von Birgit Löwe, 1. Vorsitzende der eaf bayern)

Die Broschüre „Die eaf bayern empfiehlt: Umsetzung des Familienbudgets in den AVR Bayern“ ist im Internet unter [www.eafbayern.de/materialien.htm](http://www.eafbayern.de/materialien.htm) abrufbar.

► ► Nachrichten ► ► ► ► ► ► ► ► ► ►

**Mutter klagt gegen Elterngeldgesetz**

Gemäß § 2 Absatz 5 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) wird Elterngeld in Höhe von monatlich 300 EURO gezahlt, wenn der oder die Anspruchsberechtigte in den zwölf Kalendermonaten vor der Geburt des Kindes kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielt hat. Hingegen beträgt bei einem zuvor erzielten Einkommen in entsprechender Höhe der Höchstbetrag des Elterngeldes gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 BEEG monatlich 1.800 EURO.

Hiergegen hat sich eine Mutter aus Fürth/Bayern gewandt, die mit ihrer zu dem Sozialgericht Nürnberg erhobenen Klage (S 9 EG 17/07) begehrt, die Elterngeldstelle zu verpflichten, ihr den Höchstbetrag zu gewähren, gleichwohl sie zuvor kein Erwerbseinkommen erzielt hatte.

Die Klägerin rügt eine Verletzung des Gleichheitsgebotes aus Art. 3 Absatz 1 Grundgesetz, da ein Empfänger des Höchstbetrages – genauso wie sie, die Klägerin – keine Beiträge zur Finanzierung des Elterngeldes geleistet habe.

Das Sozialgericht hat die Klage abgewiesen. Zur Begründung wird aufgeführt:

„Mit der Klägerin ist die Kammer der Auffassung, dass durch die Einführung des Elterngeldes in unterschiedlicher Leistungshöhe der Gesetzgeber sozialleistungsrechtliches „Neuland“ betreten hat, indem er Elterngeld in Gestalt einer Lohnersatzleistung ausgestaltet hat, die nicht (überwiegend) beitragsfinanziert, sondern steuerfinanziert ist. Auch die Kammer ist der Auffassung, dass eine verfassungsrechtliche Prüfung – wie sie im Übrigen bei jedem Leistungsgesetz oder jeder Änderung eines Leistungsgesetzes in der Vergangenheit letztlich stattgefunden hat – auch beim BEEG stattfinden muss“.

Die Klägerin hat gegen das Urteil Berufung zu dem Bayerischen Landessozialgericht eingelegt (L 9 EG 44/08).

Martin Neumann

**„Wellcome“ im Mehrgenerationenhaus**

Die Evangelische Familien-Bildungsstätte mit Mehrgenerationenhaus in Bayreuth bietet ab Oktober 2008 mit „wellcome“ eine praktische Hilfe für Familien nach der Geburt an. Dies teilt die Familienbildungsstätte in einer Pressemeldung mit. Die ehrenamtliche „wellcome“-Mitarbeiterin hilft in den ersten Wochen und Monaten nach der Geburt eines Kindes, wenn die Mutter Hilfe braucht und glaubt, die Situation nicht alleine zu schaffen.

Das kann ganz unterschiedliche Ursachen haben: körperliche oder seelische Erschöpfung, kurz nacheinander geborene Kinder, Mehrlingsgeburten, alleinerziehend oder neu zugezogen. „Wellcome“ ist aber kein Ersatz für Fachkräfte wie Hebammen, Ärzte oder Berater/-innen, kein Notruf und keine Agentur für Haushaltshilfen. „Wellcome“-Mitarbeiterinnen helfen so lange, bis der Übergang gelungen ist.

In der bundesweiten Initiative arbeiten inzwischen 78 Teams, davon 3 in Bayern. Als Angebote der Kinder- und Jugendhilfe ist das jeweilige wellcome-Team eingebunden in Einrichtungen der Familienbildung oder -beratung, kommerzielle Anbieter sind ausgeschlossen.

Die Stiftung „Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt“ unterstützt den bundesweiten Aufbau von „Wellcome-Teams“. Die Schirmherrschaft über die bayerischen Teams hat Bayerns Sozialministerin Christa Stewens übernommen.

Weitere Informationen zu Wellcome in der Evangelischen Familien-Bildungsstätte:

Petra Lauterbach, 09 21/6 08 00 98 21  
oder im Internet unter [www.wellcome-online.de](http://www.wellcome-online.de)

Bei der letzten Ausgabe (Nr. 4/2008) der Familienpolitischen Informationen (FPI) der eaf bayern ist versehentlich auf der ersten Seite die graphische Nummerierung mit 1 statt 4 angegeben worden. Wir bitten um Entschuldigung.

**Impressum:**

**Herausgeber:** Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)  
1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzende: Evelin Göbel, 3. Vorsitzender: Hans Schlicht  
Geschäftsführer: Helmut Neuberger, Redaktion: Helmut Neuberger  
Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299  
Internet: [www.eaf-bayern.de](http://www.eaf-bayern.de), Email: [info@eaf-bayern.de](mailto:info@eaf-bayern.de)  
Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.  
Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

FPI 5 September / Oktober 2008, 19. Jahrgang